

# **Familien-Partei Deutschlands**

## **Unser Programm für NRW**

Kurz und knapp auf den Punkt gebracht.

**Wir sind nur eine kleine Partei,  
die dank Ihrer Wählerstimme  
jedoch vieles bewirken könnte!**

Das ganze Ausmaß des Jahrzehnte langen Versagens der beiden großen Parteien SPD und CDU, die gemeinsam verantwortlich sind, dürfen kein Grund sein Rechts zu wählen!

**Wähle die echte *Alternative* für *Dich* !**

**Machen Sie endlich Schluss mit dem  
Sozialbetrug an Familien und Eltern!**

**Machterhalt durch medial gelenkte Politik !**

**Die Menschen in unserem Land wünschen sich grundsätzlich eine zeitmoderne nachhaltige Politik.**

**Eine Politik die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht an Posten, Pöstchen und Machterhalt gekoppelt ist.**

**Mit entsprechender Partei-Polemik bekommen andere kleine Parteien wie AFD oder Piraten mediale Aufmerksamkeit und erzielen dadurch auch kurzfristige Wahlerfolge. Diese scheitern dann spätestens bei der Programmatik oder wenn sie gefordert sind wirkliche Parteiarbeit abzuleisten. Diese Parteien dienen daher im Grunde nur zum Machterhalt der Altparteien, da der Wähler sich von diesen substanzlosen Parteien wieder abwenden werden.**

**Programmatische Parteien, wie unsere Familien-Partei Deutschlands hingegen werden in den Medien totgeschwiegen.**

**Wir haben nicht nur eine jahrelange Aufbauarbeit hinter uns, sondern stehen für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik.**

**Nur programmatische Parteien sind auch wirklich in der Lage einen Politikwandel herbeizuführen und die Altparteien langfristig abzulösen.**

**Die Altparteien sichern sich durch eine medial gelenkte Politik Ihre Macht!  
Daher kursiert auch immer häufiger der Begriff „Lügenpresse“!**

**Die Bürger wissen, dass die Altparteien auf ganzer Linie, gerade hier in NRW, versagt haben!**

#### **Mangelhafte Finanzpolitik**

- **Schuldenland Nummer 1**
- **Höchste Abgaben für alle Bürger**

#### **Mangelhafte Verkehrspolitik**

- **Marode Straßen**
- **Die meisten Staus auf den Autobahnen**
- **Unzureichende öffentliche Verkehrsmittel**

#### **Mangelhafte Sozialpolitik**

- **Mit die höchste Kinder-, Jugend – und Altersarmut aller Bundesländer**
- **Zu wenig Wohnraum mit bezahlbaren Mieten**
- **Massenarbeitslosigkeit in Ballungscentren**
- **Mit die höchste Hartz IV Quote aller Bundesländer**

#### **Mangelhafte Innere Sicherheit**

- **höchste Kriminalitätsrate aller Bundesländer**
- **Die meisten Wohnungseinbrüche bundesweit**
- **Immer mehr Stadtviertel verkommen zu sozialen Brennpunkte**
- **Kriminelle Banden, Rocker und ausländische Familienclans besetzen ganze Stadtgebiete „No-Go-Areas“**
- **Überfüllte marode alte Gefängnisse, die gegen alle Gerichtsurteile und Menschenrechtsbestimmungen verstoßen**
- **Über 20 000 Haftbefehle werden nicht vollzogen bzw. vollstreckt**
- **Überlastete und unterbesetzte Polizei und Justiz**
- **Mangelhafte Ausstattung Polizei und Justiz**
- **NRW Städte zählen zu den gefährlichsten Städten im Bund**
- **Die Aufklärungsquote gehört zu den niedrigsten**

#### **Mangelhafte Wirtschaftspolitik**

- **Geringster Wirtschaftswachstum aller Bundesländer**
- **Geringste Investitionen zur Wirtschaftsförderung**
- **Massenarbeitslosigkeit, bis zu 25% , in Ballungscentren**
- **Höchste Insolvenzquote aller Zeiten**
- **Bürokratiemonster für Selbstständige**
- **Marode Infrastrukturen**

#### **Mangelhafte Schul – und Bildungspolitik**

- **die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8) ist ein Verbrechen an unsere Kinder**
- **Lehrpläne die nicht an den Lebenswirklichkeiten ausgerichtet sind**

- Frühsexualisierung an den Grundschulen entspricht nicht den allgemeinen Elternwille
- Schulsysteme sind nicht mehr zeitgemäß
- Lehrermangel an den Schulen. Lehrer wurden ausschließlich zur Bewältigung der Flüchtlingspolitik eingestellt und nicht für unsere Kinder.
- Katastrophal marode Schulgebäude
- Überfüllte Uni's

## Familien-Partei Deutschlands in NRW

### MACHEN SIE MIT, BEI DER NEUEN FAMILIENPOLITIK!

Nur Kinder können den Fortbestand unserer Gesellschaft sichern, die nächste Generation prägen. Ohne die Leistungen der Eltern gibt es diese Kinder und damit eine nächste Generation nicht.

## Grundlagen und Forderungen zum Thema Familie.

### Vorbemerkungen:

*Bismarcks Rentenmodell, basierend auf durch Beiträge finanziertes Kapital, war nach dem Krieg mit der Folge verheerender Altersarmut gescheitert..* Eine Gruppe Sozialwissenschaftler unter Wilfried Schreiber, beauftragt vom Bund katholischer Unternehmer, schuf in den 50ern unseren heutigen Generationenvertrag. Die aktive Generation sollte zwei Leistungen erbringen:

Finanzierung der Rentenzahlungen an die Senioren durch Lohnbeiträge

Finanzierung einer Kinderrente durch Lohnbeiträge in eine Kinderkasse.

Eine Kinderrente in einer Höhe, die durch die Anregung die Geburtenzahl steigert  
Gegen alle Warnungen strich Adenauer die Kinderkasse. Alle Regierungen blieben seither dabei. Dies sicher nicht aus Mangel an Einsicht in Gerechtigkeit und auch nicht aus Unverständnis der für einen Generationenvertrag tödlichen demografischen Folgen, sondern einfach, weil er angesichts steigender Geburtenzahlen in der Erholung nach dem Krieg den Wählern sagen konnte: „**Kinder kriegen die Leute doch immer!**“ - Eine Wahltaktik!

Schreiber warnte damals, lasse man die Kinderrente weg, so „**besteht die Gefahr der Herausbildung parasitären Verhaltens bei großen Teilen der Bevölkerung!**“

Schon wenige Jahre, um 1970, nach der Reform, begannen die Geburtenzahlen einzubrechen. Prof. Sinn beschrieb die Wirkung dieser „Amputation“ – das unpassende „**parasitär**“ vermeidend – sachlicher. Dieser Generationenvertrag vermittele jungen Berufseinsteigern den Eindruck, Nachwuchspläne zunächst hinausschieben zu können.

*Gerade besser Ausgebildete wählen einen späteren Berufseinstieg. Frauen möchten ihre Karrierechancen nutzen und entscheiden sich erst später für Kinder. Ob sie sich dann nach 35 für ein zweites Kind entscheiden, bleibt fraglich. Für das Alter scheint durch die vielen Kinder der anderen gesorgt zu sein.*

Die demografischen Folgen –

### **A. Merkel sprach gar von zu nutzenden Chancen des demografischen Wandels**

-

diese werden kaum zu meistern sein, ja läuten letztlich das Ende dieses solidarischen Generationenvertrages ein. Heute dämmert's auch den Jungen, „Rente, das wird für uns nichts mehr?“ - *Siehe Anhang Demografie.*

Eine Mutter, nach dem Aufziehen von vier Kindern trotz früherer guter Berufsausbildung nur noch eine Chance als Kassiererin bei Edeka, beklagte, ihr seien 400 € Rente von der Rentenversicherung avisiert worden. 400 € Rente, das ergäbe für sie in rd. 20 Jahren als Rentnerin etwa 100.000 € Rente. Ihre vier Kinder zahlen bei Durchschnittsgehalt in 45 Berufsjahren aber rd. 1.000.000 € in die Rentenkasse ein.

Wie beschrieb doch Sozialrichter J. Borchert diese Umverteilung von Eltern hin zu Kinderlosen: **„Das ist, als würde man einem Bauern ein Schwein vom Hof holen und dafür ein Kotelett zurückgeben!“**

Beide Volksparteien organisieren seit Adenauer faktisch Sozialbetrug an Eltern, und das demokratisch und damit rechtlich durch die Mehrheitsentscheidungen der Wähler gedeckt.

## **Elterliche Leistungen**

Was „kostet“ eigentlich so ein Kind, bis zum Berufseinstieg? Nehmen wir an, es verursache ab Geburt 5 Std. Arbeit pro Tag, mit 20 seien es null Stunden, also im Schnitt etwa 2,5 Stunden täglich. Bewerten man das wie die Arbeit etwa einer Kindergärtnerin mit 10 €/Std. (8,50 € brutto + 10 % Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung), so kommen in 20 Jahren rd. 200.000 € zusammen. Dazu, das Statist. Bundesamt schätzte vor Jahren die monatliche Ausgaben der Eltern für ein Kind auf knapp 600 €, macht abzüglich Kindergeld in 20 Jahren weitere rd. 100.000 €. Zusammen rd. 300.000 € die zunächst allein die Eltern tragen. Bei Studium des Kindes entsprechend mehr. Der Staat finanziert Kindergarten, Schule, Gesundheitskosten und Diverses mehr. Das dürfte sich auf runde 200.000 € pro Kind belaufen, die über Steuern und Beiträge sicher mindestens zur Hälfte auch von Eltern kommen. In Summe also runde 500.000 €, von denen Eltern mit 400.000 € rd. 80 % leisten. Daneben berufliche Karrierestockungen, Verdienstaufschläge, ...

Wir sollten die Rente der Mütter nicht vergessen, s. o. Übrigens, wussten sie dass Mütter von zwei oder mehr Kindern im Schnitt nur rd. 40 % der Rente kinderloser Frauen bekommen? Und dafür almosengleich Gegenleistungen!

Doch Erziehung bedeutet neben nur Versorgen vor allem aber auch Verantwortung übernehmen, Vorbildsein, Urvertrauen, Wärme und Nähe mit Bindung geben. Besonders wichtig ist für die psychisch gesunde Entwicklung eines Kindes die eindeutige, verlässliche Bindung an **eine** bestimmte Bezugsperson, am besten die Mutter. Wie und warum naturgegeben so wichtig beschrieb Dr. Rainer Böhm in der FAZ 2012 mit wissenschaftlicher Begründung, sollte man aufmerksam lesen: <http://www.familie-ist-zukunft.de/seite/wp-content/uploads/2012/04/boehm-faz-040412.pdf>

In einer seit 1992 laufenden Studie - NICHD, National Institut of Childhood Development - vergli-chen amerikanische Wissenschaftler die Entwicklung von Kindern aus wohl behütenden Familien mit denen in sehr gut geführten Krippen (max. 4 Kinder pro Betreuerin). Die Krippenkinder entwickelten sich gegenüber den in Familien aufwachsenden in körperlicher, kognitiver (Rechnen, Schreiben, Lesen, ...) Hinsicht besser. Allerdings holten die Familienkinder diese Vorsprünge später zunehmend auf. Geschockt war man allerdings nach etwa 15 und mehr Jahren. Die Krippenkinder neigten in weit höherem Maße zu dissozialem Verhalten: unständig, mangelnde Bindungsfähigkeit, Schul- und Studienabbrecher, höherer Rauschgiftkonsum, bis hin zu höherer Kriminalität. Ursache ist die der Kind Stress – Hormon Cortisol, s. Dr. Böhm - verursachende dauernde Wechsel betreuender Personen. Bei uns kommen übrigens im Schnitt mehr als 7 Kinder auf eine Betreuerin.

Ein weiterer Aspekt sollte nicht übergangen werden. In keiner Lebensphase ist der Charakter eines Kindes so formbar, so vorbeeinflussbar in seiner Entwicklung wie in den ersten Lebensjahren. Im Kommunismus war das Erziehungsziel der sozialistische Mensch, der Familie, Privatheit, ... ableh-nende, also der sozial und politisch steuerbare Mensch. Man denke an das Töpfchen-Beispiel in der DDR, eines der elementarsten Grundbedürfnisse in Gemeinschaft, quasi auf Anweisung zu erledigen! Glaubt jemand, dass unsere Politiker den eigenständigen, selbstbewussten, den zur Selbstaufklärung fähigen Bürger wollen? Oder ist nicht der erwerbs- und Politik konforme Arbeitnehmer/Bürger der Wunschtraum eines nahezu jeden Politikers? Die gesamte Bildungspolitik in Schulen lässt längst vermuten (G8, Ausbildung statt Bildung, keine politische Bildung, ...)

Übrigens, die Gemeinden kalkulieren für einen Krippenplatz – 7 Kinder pro Betreuerin! – rd 14.000 € Kosten pro Jahr. Dazu kommen Ausbildungskosten der Betreuerinnen, Kosten übergeordneter Verwaltungs-, Evaluierungsinstitutionen, nicht zu vergessen, Betreuerinnen sind volkswirtschaftlich nicht produktiv, so wenig wie ein Polizist, der nur dafür sorgt, dass andere in Ruhe produzieren können. Schätzen wir also die Kosten pro Platz auf eher mindestens 20.000 € p. a.

Weder wirtschaftliche noch Entwicklungsvorteile des Kindes sprechen also für das Krippenwesen. Woher also die Euphorie der Politiker für dieses Krippen-un-wesen?

## **Kinder: Armutsrisiko Nummer eins**

Hohe Kosten, berufliche Nachteile und Verdienstaufschläge meist der Mütter, Kinder sind bis in Einkommensmittelschichten hinein das Armutsrisiko. Vor 50 Jahren galten

5 % der Kinder als arm, heute sind es 18 %. Was ist zu tun, wie ist gerechte Familienpolitik in unserem Generationenvertrag zu gestalten.

*(Abschnitt korrigiert.)*

Im Konstruktionsplan unseres Generationenvertrages war die hinreichend hohe Kinderrente eingebaut. Dieses Modell ist weiter zu entwickeln: Die Leistung des die Erziehungsarbeit leistenden Elternteils ist über ein Erziehungsgehalt zu finanzieren, steuer- und versicherungspflichtig, damit eigenständige Ansprüche bei Renten- und Sozialversicherung entstehen. Das Gehalt müsste mit etwa 1.800 € monatlich beginnen, dann nach 12 Jahren auf Null sinkend. Dazu ein kostendeckendes Kindergeld.

**Kosten dieses Modells:** Die folgende Schätzung basiert auf 700.000 Geburten jährlich. 12 Jahrgänge á 900 €  $= (1.800 + 0) : 2 \text{ mal } 700.000 \text{ Geburten} \Rightarrow$  **rd. 91 Mrd. €** plus etwa 350 € zusätzlich zum gegenwärtigen Kindergeld, das macht weitere  $\Rightarrow$  **rd. 59 Mrd. €** Die Gesamtkosten dieses Programms würden also bei rund  $\Rightarrow$  **rd. 160 Mrd. €** pro Jahr liegen. Erschreckend? Keineswegs! Das wäre durch einen Beitrag von rd. 8 % auf sämtliche Einkommen zu decken. Würden nur die geplanten 35 % = rd. 250.000 aller Ein- bis dreijährigen in eine Krippe á 20.000 € gehen, wobei die Eltern rd. 5.000 € p.a. selbst tragen, so hätten Staat und Gemeinden etwa 15.000 € mal 2 Jahre mal 700.000  $\Rightarrow$  21 Mrd. zu finanzieren, blieben knapp 140 Mrd., aus denen rund 14 Mrd. an MWSt zurückfließen  $\Rightarrow$  rd. 125 Mrd. Schwer abzuschätzen sind all die dann nicht mehr notwendigen Hilfsprogramme für Alleinerziehende, Hartz IV Empfänger, Sozialschwache, ... Letztlich mag eine Beitraglast von etwa 4 bis 5 % bleiben. Und nicht zu unterschätzen, die Zahl aus Armut resignierender Eltern, die ihre Erziehungspflichten wie aus Trotz nicht mehr intensiv wahrnehmen mögen, würde drastisch sinken.

Der Staat muss erkennen, dass er ein ureigenes Interesse hat, Familiengründung zu bevorzugen und zu ermöglichen. Gerade junge Familien müssen durch Beratung und Beistand Unterstützung erfahren. Sie dürfen nicht genötigt werden, ihre Kinder in staatliche Obhut zu geben, nur weil sie befürchten müssen, wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.

Unsere Gesellschaft braucht eine Wertediskussion, um mehr Anerkennung, Hilfestellung, Wertschätzung, Fürsorge und Freiheit, Zeit und Geld, Unabhängigkeit aller Familien zu erlangen. Dazu gehört die gerechte finanzielle Honorierung der von den Eltern erbrachten intergenerativen Leistungen. Dazu bedarf es eines konkreten Erziehungsauftrages an Eltern mit Beratungspflicht von ungeborenem Leben, über Geburt bis zum Tod zur angemessenen Versorgung, Befähigung und Selbstbestimmtheit – finanzielle Selbstbestimmtheit, die Eltern auch mehr Selbstbehauptung im Wirtschafts- und Arbeitsleben gibt.

## **Unsere Gesellschaft muss insgesamt umdenken, dieses Land braucht dringend eine Wertediskussion.**

Was ist uns **wichtig**, wie soll unser aller Miteinander aussehen? Papst Franziskus sagte jüngst, dass drei Kinder in einer Familie Ideal wären und mahnte an, Familien

mehr zu unterstützen. Über die Kinderzahl können die Familien entscheiden, wenn der Staat hierzu die Bedingungen geschaffen hat. Die Politik in Deutschland wird hingegen aber immer mehr am Konsum und schnellen Geld ausgerichtet. Nicht umarmen und stützen, nein. Ellenbogen und Gier, nach schneller, mehr, größer und weiter, nach Konsumsteigerung, ist angesagt.

Statt von Staatswegen wirtschaftliche Unabhängigkeit für Familien zu garantieren, um den Fortbestand unserer Gesellschaft zu sichern, werden Angebote unterbreitet, die zunehmend die Kinder aus den Familien heraus reißen. Dabei sind doch gerade die ersten Lebensjahre die wichtigsten Jahre zur Entwicklung von Geborgenheit und Stärkung des Urvertrauens. Sie sind prägend und binden die Kinder in familiäre Strukturen ein. Nun greift der Staat direkt in die Erziehung der Kinder ein, in dem er dazu aufruft, Kinder in Krippen-, und Kitaplätzen abzugeben, damit beide Elternteile Geld verdienen können.

**Der Staat ist dadurch nicht mehr Unterstützer der Eltern bei der Erziehung unserer Kinder, sondern er nimmt den Eltern die Erziehung und damit auch die Kinder weg.**

Wie gefährlich sich diese Situation gesamtgesellschaftlich entwickeln kann, haben bereits verschiedene Diktaturen in unserer Geschichte gezeigt.

**Wir fordern daher, dass der Staat endlich den § 6 Abs. 2 des Grundgesetzes Deutschlands ((2) *Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.* ) einhält und die Aufgaben eines Unterstützer wahrnimmt und die Rahmenbedingungen schafft, die das Selbstbestimmungsrecht der Eltern ermöglicht.**

Kinder dürfen nicht mehr das Armutsrisiko Nummer eins in Deutschland sein. Eltern bedürfen der Anerkennung der Erziehungsleistung und deren Berücksichtigung bei der späteren Rente. Familien müssen für die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe durch ein Erziehungsgehalt wirtschaftlich unabhängig gestellt werden. Nur dann können sie selbstbestimmt erziehen. Krippen- Kitaplätze sind wichtig und wir brauchen ein entsprechendes Angebot, keine Frage. Eltern müssen jedoch auch in die Lage versetzt werden, sich diese Angebote selbstständig zuzukaufen, und nicht aus wirtschaftlicher Not in Anspruch nehmen zu müssen. Es ist die Freiheit der eigenen Entscheidung!

Der Staat muss erkennen, dass er ein ureigenes Interesse hat, Familiengründung zu bevorzugen und zu ermöglichen.

Gerade junge Familien müssen durch Beratung und Beistand Unterstützung erfahren. Sie dürfen nicht genötigt werden, ihre Kinder in staatliche Obhut zu geben, nur weil sie befürchten müssen, wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.

Unsere Gesellschaft braucht eine Wertediskussion, um mehr Anerkennung, Hilfestellung, Wertschätzung, Fürsorge und Freiheit, Zeit und Geld, Unabhängigkeit, aller Familien zu erlangen. Dazu bedarf es eines konkreten Erziehungsauftrages an Eltern mit Beratungspflicht von ungeborenem Leben, über Geburt bis zum Tod zur angemessenen Versorgung, Befähigung und Selbstbestimmtheit.

**Wir von der Familien-Partei Deutschlands in NRW fordern daher zukunftsorientierte konkrete Maßnahmen:**

- Schaffung von Beratungszentren in den Kommunen
- **beidseitige Beratungsverpflichtung durch die öffentliche Hand (Eltern stehen unter kommunaler Beratungsaufsicht)**
- Schwangerschaftsberatung, verpflichtend und nicht nur bei Konflikten
- **Verpflichtung, alle politischen Beschlüsse und Gesetze auf Familienfreundlichkeit und Kompatibilität zu überprüfen**
- Erstausstattung fürs erste Kind sicherstellen
- **Neue Preisstrukturen zur Teilhabe am öffentlichen Leben. Bei öffentlichen Einrichtungen wie Theater, Büchereien, Schwimmbädern etc. und im öffentlichen Verkehr müssen sich die Preise je Kind reduzieren statt sich zu erhöhen. (Nicht 2 Erwachsene + 1 Kind / sondern 2 Erwachsene – 1 Kind )**
- Chancengleichheit – z.B. Übernahme der Nachhilfekosten und sämtlicher notwendiger Schulunterlagen
- **Schulunterricht, der an der Lebenswirklichkeit ausgerichtet ist und in Schulen, wo sich auch unsere Kinder wohlfühlen können**
- Keine staatlich gelenkte Frühsexualisierung der Kinder
- **Erziehungsgehalt und Beratung statt staatlicher Krippenplätze (Eltern kaufen sich unabhängig bei Bedarf Krippenplätze, oder Familienhelferin ein)**
- Familienwahlrecht
- **Startkredite zur Familiengründung**
- Volle Haftpflichtversicherungsübernahme der medizinischen Berufe insbesondere bei Hebammen. Ausgenommen vorsätzliche oder grob fahrlässige Arbeitsabläufe.
- **Zur bestmöglichen Versorgung und Betreuung von kranken, älteren Personen und Personen mit Handicap verbindliche Einführung des K21 Konzeptes für alle Kommunen in NRW**

Wir von der Familien-Partei Deutschlands in NRW rufen daher alle Bürger auf:

**MACHEN SIE MIT, BEI DER NEUEN FAMILIENPOLITIK!**

**Unsere allgemeinen politischen Standpunkte in NRW –  
nachfolgend Kurz und knapp für Sie auf den Punkt gebracht!**

**In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Windkraftanlagen gebaut werden.**

Windkraftanlagen können nur weiterentwickelt werden wenn diese auch innovativ eingesetzt werden. Eine Weiterentwicklung verhindert langfristig die sogenannte Verspagelung unserer Landschaft durch neue moderne Systeme wie z.B. Windparks, Windrohre ect..

**Die Laufzeiten der Kernkraftwerke neigen sich dem Ende.**



Wir sehen die Gefahren die von Kernkraftwerken und ihren Atommüll ausgehen und befürworten den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie. Jetzt im 21. Jahrhundert sind wir glücklicherweise mittlerweile soweit das wir keine Kernkraftwerke mehr benötigen!

### **In Nordrhein-Westfalen soll weiterhin Braunkohle abgebaut werden dürfen.**

Die Kohle hat in NRW eine besondere Bedeutung. Wir sind gegen großflächigen Abbau von Kohle, lehnen jedoch einen Ausstieg ab. Kohleabbau in NRW muss innovativ betrieben werden um die Möglichkeit zu haben bei Rohstoffknappheit u. Bedarf wieder voll zu fördern, Technologie und Abbaumethoden müssen weiter entwickelt werden um diese International zu vermarkten. Klimaschutz wäre nicht die Billigkohle aus China zu kaufen, sondern die Technologie für einen umweltfreundlicheren Abbau zu verkaufen. Abbau von Kohle darf jedoch nicht zur Befeuerung neuer Kohlekraftwerke dienen. Es bedarf ein vernünftiges Energiekonzept für NRW. Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke sind im 21. Jahrhundert zum Glück nicht mehr notwendig. Durch einen regenerativen Energiemix können wir Energie kostengünstig erzeugen und entsprechende Technologien vermarkten. NRW muss eine führende Rolle bei der regenerativen Energieentwicklung spielen. Das schafft zudem noch Arbeitsplätze.

### **Die kommunale Grundversorgung (Wasser, Strom, Gas, Abfall) soll in öffentlicher Hand sein.**

Sie sind der wichtigste Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Beispiel Müllabfuhr. In den 70ern waren Müllwerker Angestellte im öffentlichen Dienst, ernährten eine Familie mit ihren Einkommen. Privatisierung brachte Dumpinglöhne, und die Müllgebühren stiegen im Vergleich drastisch. Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört unstrittig in öffentlicher Hand, einhergehend mit entsprechender bürgerfreundlicher Preisgestaltung. Private setzen auf Gewinnmaximierung - öffentliche Hand auf Versorgung!

## **Tierversuche sollen ausnahmslos verboten werden.**

Tierquälerei verbieten, ohne wenn und aber!

## **Nutztiersteuer statt Hundesteuer**

Fast alle europäischen Länder haben mittlerweile die Hundesteuer abgeschafft.

Wir fordern das Kommunen eine Nutztiersteuer statt Hundesteuer erheben.

Nutztier bezeichnet ein Tier, das vom Menschen wirtschaftlich genutzt wird.

Als Mast- und Schlachttiere (Fleischtiere), Milchtiere, Fett-, Leder-, Daunen-, Honig- oder Felllieferanten, Zuchttiere und Arbeitstiere dienen Nutztiere insbesondere der Versorgung mit Nahrung, Kleidung und anderen tierischen Rohstoffen sowie der Arbeitserleichterung.

Diese Steuer dient den Kommunen auch zur Senkung und Steuerung der Massentierhaltungszahlen und zur Steigerung der Wertigkeit von Nutztieren insgesamt. Veredelte Tierprodukte bekommen eine höhere Wertschätzung und einen bewussteren Verbraucherumgang. Tierquälerei verbieten, ohne wenn und aber!

## **Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen soll ausnahmslos gentechnikfrei sein.**

Die Erforschung von Gentechnik gehört in die Labore, und nicht auf die Felder unserer Landwirtschaft. Über Sinn und Unsinn einzelner Projekte der Genforschung ist zu reden.

## **Wenn das Land Unternehmen mit Geld direkt hilft, soll es auch Mitspracherechte bei Unternehmensentscheidungen erhalten.**

Wenn ein Unternehmen Gelder der öffentlichen Hand benötigt weil es in einer Krise geraten ist, bedarf das Unternehmen zwangsläufig auch Hilfe bei wichtigen Unternehmensentscheidungen. Daher ist ein Mitspracherecht unausweichlich.

## **Das Land soll die Altschulden der Kommunen zumindest teilweise übernehmen.**

Viele Kommunen sind in einer finanziellen Schieflage geraten. Die alten Parteien haben vor Ort versagt. Nur finanziell handlungsfähige Kommunen sind in der Lage sich weiter zu entwickeln und die öffentliche

Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten. Eine Entschuldung der Kommunen sichert den Standort NRW und langfristige zusätzliche Steuereinnahmen.

### **Das Land soll den Steinkohle-Bergbau in Nordrhein-Westfalen weiterhin finanziell unterstützen.**

Dadurch Förderung neuer umweltfreundlicher Technologien, die International vermarktet werden kann. Billigkohle aus China z.B. schädigt unser aller Klima weltweit. Der Bedarf an innovativer Abbautechnik unter Beachtung der Umwelt ist weltweit gesehen riesig. Wir sollten in Forschung und Technik beim Kohleabbau wieder Weltmarktführer werden, dazu bedarf es einer gewissen Anschubfinanzierung.

### **Unternehmen sollen auch weiterhin an Parteien spenden dürfen.**

Es sollte ein Spendenpool eingerichtet werden wo u.a. Unternehmen, wenn sie unbedingt möchten, an Parteien spenden können. 25% der Spende kann das Unternehmen für eine Partei zweckgebunden deklarieren, die restlichen 75% werden zu gleichen Teilen an alle anderen Parteien ausgezahlt.

### **In Nordrhein-Westfalen sollen die verkaufsoffenen Sonntage erheblich eingeschränkt werden.**

Der Sonntag ist in unserer Gesellschaft fest verankert, und gehört der Familie.

### **Die soziale Marktwirtschaft ist die beste Wirtschaftsordnung, vorausgesetzt diese ist auch sozial ausgerichtet!**

Eine soziale Marktwirtschaft muss auch sozial ausgerichtet sein. Wenn in NRW die Armut um 21,5 Prozent angestiegen ist, wie im März der neue Armutsbericht ausweist, dann läuft hier etwas grundlegend falsch. Wir wollen eine Soziale Marktwirtschaft die am Wohl der Menschen ausgerichtet ist, die Wirtschaft stärkt und die Armut ächtet.

**Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte muss nicht sein.**

In einer offenen modernen Gesellschaft sollten das die jeweiligen Aufsichtsräte selbst entscheiden. Natürlich sollten die fähigsten Personen in einem Aufsichtsrat sitzen, unabhängig vom Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft usw.

**ARD und ZDF sollen weiterhin zum Teil durch Werbung finanziert werden.**

Allerdings anders als wir bisher kennen. Werbung bis 20:00 Uhr ist falsch. Gerade Mittags, wenn Kinder fernsehen hat Werbung nichts im Fernsehen zu suchen. Daher plädieren wir für zulässige Werbung nur in der Zeit zwischen 21:00 Uhr und 6:00 Uhr, und nicht mehr Nachmittags!

**Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene sollen gesenkt werden, denn wir brauchen mehr Bürgerbeteiligungen auf allen Ebenen.**

**Mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist nur eine alternative wenn wir endlich wieder mehr** Schutzpolizisten von den Schreibtischen befreien, und zur besseren Präsenz zu den Bürgern auf die Straße einzusetzen. Polizei Dein Freund und Helfer muss wieder Ansprechpartner für die Bürger und Schutzmann sein.

**Die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit sollte erhöht werden.**

Polizeipräsenz auch dadurch, dass die kleinen Polizeistationen in den kleineren Ortschaften wieder mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen wieder den Schutzmann auf der Straße als Ansprechpartner für alle Bürger. Dein Freund und Helfer! Weg vom Schreibtisch, hin auf die Straße als Bürger in Uniform.

**Der Staat soll Internetseiten mit strafbaren Inhalten sperren dürfen.**

Wenn wir z.B. an Kinderpornografie im Internet denken muss der Staat natürlich das Recht auf Sperrung haben.

**Sämtliche Medieninhalte sollen für private Zwecke kopiert werden dürfen.**

Wer in öffentlichen Medien anderen etwas zur Verfügung stellt, sollte auch einer Kopie für private Zwecke zustimmen. Das dürfte in einer offenen Gesellschaft kein Problem sein.

**Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei Landtagswahlen wählen dürfen.**

Bei der Kommunalwahl gibt es schon das Wahlrecht ab 16 Jahren. Aufgrund der Positiverfahrung die bei der Kommunalwahl vor Ort gemacht wurden, sollte gerade auch bei der Landtagswahl die Jugend besser einbezogen werden. Es geht um die Zukunft unseres Bundeslandes, da sollten Jugendliche nicht wie bisher Außenvorstehen.

**Bei Kommunalwahlen sollen die Wähler/innen mehrere Stimmen erhalten und diese frei auf die Kandidaten/-innen verteilen können ("Kumulieren und Panaschieren").**

Diese Form der demokratischen Wahl ermöglicht den Bürger z.B. direkter Einfluss zu nehmen auf die Besetzung der Rathäuser. Mehr Demokratie ist immer gut!

**In Nordrhein-Westfalen soll der Bau von Minaretten verboten werden.**

Eine offene moderne Gesellschaft verkraftet auch den Bau von Minaretten. Die bisherige Regelung dieses vor Ort selbst zu entscheiden reicht völlig aus. Vom Grundsatz her müssen wir allerdings aufpassen, dass wir nicht die Kirchen schließen, und stattdessen Minaretten bauen.

**Christliche Werte sollen das Leitbild der Politik sein.**

**Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II ("Hartz IV") sind in ihrer Höhe nicht ausreichend!**

Grundsätzlich sollten die Hartz Gesetze abgeschafft werden, ohne wenn und aber. Die Hartz Gesetze waren das größte politische Versagen von Rot - Grün, im Einvernehmen mit der FDP und CDU/CSU. Es gibt bessere Möglichkeiten Menschen in Lohn und Brot zu bekommen.

**Das gesetzliche Renteneintrittsalter sollte nicht weiter erhöht werden.**

Das Rentenalter muss flexibilisiert werden. Vom Grundsatz her sollte jeder selber entscheiden wann er gedenkt in Rente zu gehen um jüngeren Arbeitnehmern eventuell Platz zu schaffen.

**Auch zukünftig soll Nordrhein-Westfalen Informationen über Steuerhinterzieher/-innen kaufen, selbst wenn diese Daten gestohlen worden sind.**

Steuerhinterzieher müssen damit leben das sie entdeckt und bestraft werden. Steuerhinterziehung ist vom Grundsatz her Schmarotzertum und schädigt die Allgemeinheit. Der Ankauf von Daten ist im Einzelfall zu prüfen.

**Weitere Privatisierung von Krankenhäusern oder gar Schließungen muss vermieden werden.**

Eine Versorgung in Krankenhäusern gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine kostengünstige Versorgung ist langfristig nur möglich wenn die Gewinnmaxime außen vor steht.

**Jede Bürgerin und jeder Bürger soll in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sein.**

Jeder Bürger sollte seinen Beitrag entsprechend leisten. Langfristig jedoch muss der Ausstieg aus der Umlagefinanzierung vollzogen werden. Die Finanzierung der Kranken – und Pflegekassen muss staatlich erfolgen und durch gelenkte Gesundheitssteuern auf gesundheitsschädigende Produkte erfolgen.

**Die Ehe zwischen Mann und Frau muss nicht mit mehr Rechten verbunden sein als andere Lebenspartnerschaften.**

In einer modernen, innovativen Gesellschaft darf es keinen Platz für Diskriminierung geben. Alle nachgewiesenen Lebenspartnerschaften müssen die gleichen Rechte haben.

**Vollständiges Adoptionsrecht sollte auch für eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften möglich sein.**

Bei Eignung und Befähigung spricht vom Grundsatz her nichts dagegen. Das Adoptionsrecht muss allerdings insgesamt neu gestaltet und überarbeitet werden.

**Nordrhein-Westfalen soll das Ehrenamt im Kultur- und Sportbereich finanziell stärker fördern.**

Das Ehrenamt bekommt zunehmend Bedeutung, und ist unerlässlich geworden. Eine stärkere finanzielle Förderung ist grundsätzlich wünschenswert, und in vielen Bereichen notwendig um das Ehrenamt auszubauen.

**Das Jugendstrafrecht sollte nicht nur bis zum 18. Lebensjahr angewendet werden dürfen.**

Die bisherige Regelung das Jugendstrafrecht z.B. bei entsprechender Unreife bis zum 21 Lebensjahr anzuwenden hat sich bewährt und sollte beibehalten werden. Vom Grundsatz her können Personen ab den 18 Lebensjahr nach Erwachsenen Strafrecht bestraft werden. Diesen Ermessensspielraum sollte sich unser Rechtssystem offen halten.

## **Absolutes Rauchverbot in Gaststätten und Restaurants sind überzogen.**

Eine momentane Reglementierung die nicht unbedingt notwendig ist. Das Rauchverbot sollte in die Entscheidungsgewalt der Betreiber zurück gelegt werden. Denn sie kennen in der Regel ihre Stammkunden (Kunden) vor Ort und können gezielt (z. B. Räumlichkeiten für Raucher) reagieren.

## **Verbraucherrechte sollen in die Landesverfassung Nordrhein-Westfalens aufgenommen werden.**

Der Schutz von Verbrauchern und Ihren Rechten sollte in einer sich immer schneller verändernden Gesellschaft in der Landesverfassung aufgenommen werden. Das garantiert Rechtssicherheit.

## **Bei allen Kulturveranstaltungen, die durch Landesmittel gefördert werden, soll der Eintritt für Kinder und Jugendliche kostenfrei sein.**

Eine moderne Gesellschaft wächst und gedeiht durch den Bildungs- , und Wissensstand der Kinder und Jugendlichen. Der Zugang für Kulturveranstaltungen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, daher müssen zumindest die geförderten Kulturveranstaltungen für alle Kinder und Jugendlichen kostenfrei sein.

## **Das dreigliedrige Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) soll erhalten bleiben.**

Wir brauchen ein modernes zeitgerechtes Schulsystem in NRW. Die alten Parteien haben auf ganzer Linie versagt. Ein Blick in die PISA Studie reicht aus. Gemeinschaftsschulen, einhergehend mit einheitlichen Regelungen sind unerlässlich. Lehrpläne müssen dringend überarbeitet und entsprechend angepasst werden.



**An Gymnasien soll das Abitur weiterhin nach 12 Jahren abgelegt werden.**

Wir brauchen ein modernes zeitgerechtes Schulsystem was auch den internationalen Anforderungen gerecht wird, wir brauchen aber kein G8!

**An den Schulen Nordrhein-Westfalens sollte kein spezieller islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache angeboten werden.**

Religionsunterricht sollte sich hauptsächlich an unseren Grundwerten des Christentums orientieren und zusätzlich sich mit allen Religionen beschäftigen und nicht explizit mit dem Islamismus. Entsprechend müssen Lehrpläne überarbeitet werden.

**Die Kopfnoten für Schülerinnen und Schüler sollen nicht mehr beibehalten werden.**

Zeugnisse allgemein müssen neu gewichtet und aufgestellt werden. Das gehört zu einem modernen neuen Schulsystem. Kopfnoten sind dabei im 21. Jahrhundert überflüssig.

**Nicht alle Kinder mit Behinderung sollen an Regelschulen unterrichtet werden.**

Die Inklusion stärkt grundsätzlich die Gemeinschaft und ist für die Sozialisation junger Menschen sehr wichtig. Es ist jedoch darauf zu achten, dass Personen mit und ohne Handicap nicht überfordert werden. Daher kommt vom Grundsatz her immer nur eine Einzelfallentscheidung in Betracht. Inklusion ist wichtig und zwingend notwendig, jedoch Inklusion um jeden Preis und zu Lasten der Kinder mit Behinderung lehnen wir ab.

**Bei der Wahl der weiterführenden Schulform soll allein der Elternwille zählen.**

Die Eltern können am besten entscheiden was für Ihre Kinder gut ist. Die Schulen sollten beratend eingreifen und zur Seite stehen.

**Die Kosten für alle Schulbücher und Klassenfahrten soll der Staat übernehmen, denn sie sind eine Investition in die Zukunft.**

**Die Gründung weiterer Privatschulen in Nordrhein-Westfalen sollte nicht mehr gefördert werden.**

Schule ist eine Daseinsvorsorge und bedarf einer vernünftigen Organisation. Diese staatliche Aufgabe muss Gesellschaftsgerecht vom Staat erfüllt werden.

**Einführung einer täglichen Sportstunde an den Schulen in Nordrhein-Westfalen, halten wir zwingend für erforderlich. Das wird besonders deutlich wenn wir den rasanten Anstieg unserer Zivilisationskrankheiten betrachten.**

**Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen sollte es nicht geben.**

Wir brauchen eine vernünftige Regelung die allen Hochschulen gerecht wird. Universitäten mit Technologie- und Forschungspark für unser Aller Zukunft. Ein Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist dabei kontraproduktiv.

**Einführung eines BAföG, das generell unabhängig vom Einkommen der Eltern ist, wird oft verlangt.**

Wir befürworten jedoch ein Studienfond wo jeder Studierende, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, das notwendige Geld zinslos beziehen kann was er zum Leben während seiner Studienzeit benötigt. Ohne lästige Nachweise und Anträge. Was er entnommen wird muss zurückbezahlt werden. Wir brauchen gut ausgebildete Menschen in unserer Gesellschaft um unser Land wieder nach vorne zu bringen.

**Die universitäre Forschung soll sich stärker am Bedarf der  
Wirtschaft orientieren.**

Der Bedarf der Wirtschaft verändert sich zunehmend. Die Wirtschaft  
sollte sich an der Forschung orientieren.

# **Das Beste kommt zum Schluss!**

**Wir fordern die sofortige  
Einführung von monatlich**

**300,- € Familienzuschlag**

**200,- € Rentenzuschlag für Eltern**

**100,- € Kinderzuschlag**

**Wir sehen immer mehr Familien  
und Rentner die Kinder groß  
gezogen haben, wo es Vorne und  
Hinten nicht mehr reicht.**

**Es ist uns nicht nur ein Anliegen die ungerechte  
soziale Schieflage auszugleichen, sondern wir  
halten einen Ausgleich für zwingend erforderlich.**

**Finanzierung ist alleine durch Umstrukturierung im Haushalt möglich.**

**Wir investieren lieber in unser aller Zukunft, in Familien und Kinder, als z.B. in die Atomindustrie, dessen jährliche Zahlungen, trotz Atomausstieg, von mindestens 250 Millionen Euro im Haushalt ausgewiesen sind.**

**Dazu werden wir durch zahlreiche gezielte Einsparmöglichkeiten Gelder frei setzen, niemand kann z.B. logisch erklären warum der Finanzbedarf zur Verwaltung und Betreuung der Landtagsabgeordneten des Landtages sprunghaft von ca. 30 Millionen auf 67 Millionen angestiegen ist. Auch durch entsprechende Endbürokratisierungsmechanismen werden wir zusätzliche Gelder bereit stellen können.**

**Wir sind nur eine kleine Partei, die dank Ihrer Wählerstimme jedoch vieles bewirken könnte!**

**Das ganze Ausmaß des Jahrzehnte langen Versagens der beiden großen Parteien SPD und CDU, die gemeinsam verantwortlich sind, dürfen kein Grund sein Rechts zu wählen!**

**Wähle die echte Alternative für Dich!**

**Machen Sie endlich Schluss mit dem  
Sozialbetrug an Familien und Eltern!**

**Wählen Sie im Mai diesmal**

**FAMILIE**

**Ihre Familien-Partei Deutschlands**